

Handlungsempfehlung

PSI-21 – Jugendeigene Öffentlichkeit als demokratische Zukunftsinfrastruktur

Warum Kulturbildung in der Pubertät im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz zur verfassungspolitischen Aufgabe wird

An

- den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
- die Bundesministerinnen und Bundesminister der Bundesrepublik Deutschland
- die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, den Regierenden Bürgermeister von Berlin sowie die Ersten Bürgermeister von Hamburg und Bremen
- die zuständigen Fachministerinnen und Fachminister der Länder (insbesondere Bildung, Familie/Jugend, Inneres, Digitales)

(vollständiger Verteiler in der Anlage)

Betreff: Einrichtung einer jugendeigenen Öffentlichkeit (PSI-21) als verbindliche, wiederkehrende Infrastruktur demokratischer Kulturbildung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Damen und Herren Bundesministerinnen und Bundesminister, sehr geehrte Damen und Herren Regierungschefinnen und Regierungschefs, sehr geehrte Damen und Herren Fachministerinnen und Fachminister,

mit diesem Schreiben empfehle ich Ihnen die Einrichtung einer jugendeigenen Öffentlichkeit nach dem Verfahren PSI-21 (Politik, Schule und Internet im 21. Jahrhundert) als verbindliche, wiederkehrende und rechtlich anschlussfähige Infrastruktur demokratischer Kulturbildung. Die Empfehlung stützt sich auf eine Zusammenschau aktueller Erkenntnisse aus Entwicklungsneurobiologie, Kommunikations- und Wissenssoziologie, Persönlichkeitspsychologie, Neuropolitik sowie der gegenwärtigen Debatte über Künstliche Intelligenz als zivilisatorischen Akteur. Ich bitte Sie, die folgende Diagnose und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen im Rahmen Ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zu prüfen.

I. Diagnose: Warum das bisherige Vorgehen nicht mehr ausreicht

1. Künstliche Intelligenz übernimmt den sprachlichen Betriebscode der Zivilisation

Yuval Noah Harari hat in seinem vielbeachteten Vortrag herausgearbeitet, dass Künstliche Intelligenz kein Werkzeug, sondern ein Akteur ist: Sie entscheidet, lernt und verändert sich auf eine Weise, die ihre Entwickler nicht vorhersehen. Menschliche Zivilisation beruht auf Kooperation in großem Maßstab, diese Kooperation auf Vertrauen, und Vertrauen wird durch Bürokratien organisiert – Recht, Verwaltung, Bildung, Finanzsysteme –, die im Kern aus Sprache bestehen. Da KI Sprache zunehmend besser verarbeitet als der Mensch, dringt sie unmittelbar in den Betriebscode der Zivilisation ein: in Recht, Verwaltung, öffentliche Kommunikation und, wie Harari zeigt, zunehmend auch in persönliche Bindungen und Beziehungserwartungen bereits aufwachsender Kinder.

2. Der Mensch kennt sich selbst zunehmend schlechter als die Systeme, die ihn auswerten

Prof. Markus Gabriel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass KI-Systeme aus Verhaltensdaten inzwischen präzisere Rückschlüsse auf Wünsche, Stimmungen und Verhaltensmuster ziehen können, als es der Mensch selbst vermag. Daraus ergibt sich die zentrale Frage, ob es im Menschen etwas gibt, das sich dieser Vermessung entzieht – und wie dieses Tiefere, das über jede Maschine hinausreicht, institutionell geschützt und aktiv erfahrbar gemacht werden kann, statt es dem Zufall zu überlassen.

3. Wirklichkeit wird konstruiert, nicht neutral übermittelt

Berger und Luckmann zeigen, dass gesellschaftliche Wirklichkeit in einem fortlaufenden Kreislauf aus Externalisierung, Objektivierung und Internalisierung entsteht. Konrad Lorenz ergänzt dies erkenntnistheoretisch: Das menschliche Bewusstsein ist selbst schon ein evolutionär geformter „Spiegel“ der Wirklichkeit, keine neutrale Abbildung. Digitale Systeme fügen diesem Spiegel einen zweiten hinzu, der aus unseren eigenen Daten, Sprachmustern und Verhaltensspuren besteht – ein Spiegel des Spiegels. Watzlawick liefert dazu die kommunikationstheoretische Zuspitzung: Man kann nicht nicht kommunizieren, und Kommunikation verläuft zirkulär. Wo Verstärkung ohne Metakommunikation und ohne Dämpfung erfolgt, entsteht das Analogon eines akustischen Rückkopplungspeiftons – gesellschaftlich sichtbar als Polarisierung, Empörungsspiralen und Vertrauensverlust.

4. Wertevermittlung allein genügt nicht – Humanisierung muss praktisch eingeübt werden

Die Neuropolitikforscherin Liya Yu zeigt, dass ein rein rationalistisches, auf Wertevermittlung setzendes Menschenbild an seine Grenzen stößt: Menschen können liberale Werte bejahen und im konkreten Kontakt dennoch dehumanisieren, weil Gehirne kulturübergreifend in In- und Out-Groups einteilen und Empathie neurobiologisch begrenzt ist. Demokratische Bildung braucht deshalb Erfahrungsräume, in denen Perspektivwechsel, Selbststeuerung und Humanisierung praktisch trainiert werden, nicht nur Kataloge richtiger Sätze.

5. Selbststeuerung ist erlernbar – aber nur unter geeigneten affektiven Bedingungen

Die Theorie der Persönlichkeits-System-Interaktionen (PSI-Theorie) von Julius Kuhl liefert hierfür die individualpsychologische Grundlage. Sie beschreibt vier Funktionssysteme – Ratgeberfunktion, Planungsfunktion, Ausführungsfunktion und Prüffunktion –, die eng an Affektlagen gekoppelt sind: Kreative, sinnstiftende Problemlösung (Extensionsgedächtnis) wird durch entspannt-gelassene Stimmung begünstigt, während Dauerstress genau jene Systeme blockiert, die Integration und Lernen ermöglichen. Selbststeuerungskompetenz ist erlernbar, setzt aber Erfahrungsräume voraus, in denen Affektregulation geübt werden kann. Institutionen, die vor allem Kontrolle, Bewertung und Zeitdruck erzeugen, aktivieren strukturell genau die falschen Systeme.

6. Die Pubertät ist das biologisch verfügbare Update-Fenster demokratischer Kultur

Der Buchentwurf „Kairos kontra Krise“ führt diese Stränge zusammen: Krisen sind überwiegend keine plötzlichen Ereignisse, sondern die Folge verpasster Kairos-Momente – Zeitfenster, in denen Umsteuern noch möglich gewesen wäre. Die Pubertät ist neurobiologisch durch erhöhte Plastizität, synaptisches Pruning und Myelinisierung gekennzeichnet und stellt damit das wirksamste, weil biologisch vorbereitete Zeitfenster kultureller Erneuerung dar. Wird dieses Fenster institutionell nicht ernst genommen, wird es nicht neutral leer bleiben, sondern von kommerziellen, algorithmisch verstärkenden Systemen besetzt – mit Folgen für Radikalisierung, Vertrauensverlust und demokratische Erosion, die sich erst Jahre später als politische Krise zeigen.

II. Das Entwicklungsziel

Aus dieser Diagnose ergibt sich ein Entwicklungsziel, das über bildungspolitische Einzelmaßnahmen hinausgeht:

Der Staat muss der heranwachsenden Generation strukturell, verbindlich und wiederkehrend die Mitgestaltung derjenigen kulturellen Codes ermöglichen, aus denen Vertrauen, Recht und Öffentlichkeit bestehen – und zwar in dem biologischen Zeitfenster, in dem diese Codes am formbarsten sind –, damit dieses Update-System nicht durch datenökonomische Rückkopplungsschleifen besetzt wird, bevor es demokratisch genutzt werden konnte.

PSI-21 ist der Vorschlag, dieses Ziel institutionell umzusetzen: als wiederkehrender, transparenter und rückgekoppelter Prozess, der Schule als Kohorten- und Lernraum, Politik als Zuständigkeits- und Entscheidungsraum und das Internet als dokumentierenden, moderierten Kommunikationsraum miteinander verschaltet.

III. Handlungsempfehlungen

A. An den Bund

1. Verankerung einer jugendeigenen Öffentlichkeit als Teil der demokratischen Grundversorgung, etwa durch ein Bundesgesetz über eine „Anstalt für jugendeigene Öffentlichkeit“ mit Rechts- statt Fachaufsicht, analog zur Konstruktion staatsferner öffentlich-rechtlicher Institutionen.
2. Verankerung einer Rückmeldepflicht öffentlicher Stellen: Jede über PSI-21 eingebrachte, geprüfte Fragestellung erhält innerhalb einer festen Frist eine öffentlich dokumentierte, begründete Antwort.
3. Prüfung einer verfassungsrechtlichen Verankerung von Jugendbeteiligung als Staatsziel, etwa in Anlehnung an Art. 20a GG, unter Einbeziehung des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
4. Finanzierung als Teil der demokratischen Daseinsvorsorge im Bundeshaushalt, nicht als freiwillige, jederzeit kündbare Projektförderung – etwa im Rahmen der Fortentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
5. Aufbau einer demokratischen digitalen Commons-Infrastruktur durch das Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung: datensparsam, transparent, moderiert, mit KI-Assistenz nur als Werkzeug – niemals als Ersatz menschlicher Antwortpflicht.
6. Einrichtung eines interministeriellen Koordinierungskreises (Bildung/Familie/Jugend, Inneres, Digitales, Justiz) zur Begleitung der Pilotphase und zur Klärung der Bund-Länder-Schnittstellen.

B. An die Länder

7. Einrichtung schulisch verankerter, aber nicht notenwirksamer PSI-21-Zyklen ab der Sekundarstufe I, mit Zeitfenstern, die im Schuljahresablauf curricular gesichert sind.
8. Kopplung dieser Zyklen an reale kommunale und landespolitische Zuständigkeiten, damit jugendliche Themensetzung nicht folgenlos bleibt, sondern an tatsächlich entscheidungsbefugte Stellen adressiert wird.
9. Qualifizierung von Lehrkräften und Moderationspersonal in Gesprächsführung nach dialogischen Prinzipien (u. a. im Sinne David Bohms), in Affektregulation und in der Erkennung algorithmischer Eskalationsdynamiken.
10. Einbindung der Landesbeauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie der Landeszentralen für politische Bildung in die Verfahrensarchitektur, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.
11. Teilnahme an einer bundesweiten Pilotkohorte (drei bis zehn Kommunen je Land unterschiedlicher Sozialstruktur) mit gemeinsamer Evaluation, bevor eine flächendeckende Einführung erfolgt.

C. Gemeinsame Qualitätskriterien für Bund und Länder

- Verbindlichkeit: Jede eingebrachte Frage erhält eine Antwort.
- Transparenz: Verfahren, Zuständigkeiten und Antworten sind öffentlich nachvollziehbar.
- Altersangemessenheit: Komplexität wächst mit der Entwicklungsphase (kommunal → Land → Bund → EU).
- Kontroversität: Politische Konflikte werden nicht pädagogisch geglättet.
- Schutz: keine Beschämung, kein digitaler Pranger, keine Überforderung; „Safe Risk-Taking“ statt Risikovermeidung.
- Wirksamkeit: Ein belastbarer Anteil der Vorschläge muss reale Umsetzungspfade erreichen.
- Fehlerfreundlichkeit: Scheitern wird ausgewertet, nicht skandalisiert.
- KI-Begrenzung: KI unterstützt Verfahren (Ordnen, Dokumentieren, Übersetzen), ersetzt aber nie die menschliche Antwortpflicht.

IV. Fahrplan zur Umsetzung

Monate 1–3: Einrichtung des interministeriellen Koordinierungskreises; Auswahl der Pilotkommunen und -schulen je Land.

Monate 4–9: Erster PSI-21-Zyklus in den Pilotregionen; Aufbau der digitalen Commons-Infrastruktur in einer datenschutzkonformen Basisversion.

Monate 10–12: Unabhängige Evaluation der Pilotphase (Wirksamkeit, Rückmeldequalität, Belastung, Ressourcenaufwand).

Jahr 2: Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene (Rechtsanspruch auf regelmäßige, altersgerechte Beteiligungszyklen, Rückmeldepflicht); parallele Verankerung in Landesschulgesetzen.

Ab Jahr 3: Stufenweise Skalierung auf alle Länder mit jährlichem Bericht an die Parlamente und Anschlussfähigkeit an die europäische Ebene.

V. Zuständigkeiten im Überblick

Da Bildung Ländersache ist, Demokratieförderung, Jugend- und Digitalpolitik jedoch erhebliche Bundesanteile haben, ist PSI-21 auf abgestimmtes Handeln beider Ebenen angewiesen. Auf Bundesebene sind insbesondere das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung sowie das Bundesministerium des Innern (Demokratieförderung, Bundesprogramm „Demokratie leben!“) berührt. Auf Länderebene sind die Kultus- beziehungsweise Bildungsministerien sowie die für Jugend und Familie zuständigen Ressorts federführend; die Staats- und Senatskanzleien koordinieren üblicherweise ressortübergreifende Vorhaben dieser Art.

VI. Schlussbitte

Die hier skizzierte Herausforderung ist kein Randthema der Bildungspolitik. Wenn Künstliche Intelligenz, wie beschrieben, zunehmend in Sprache, Bürokratie, Beziehung und Selbstdeutung eingreift, entscheidet sich an der Frage, ob die junge Generation reale demokratische Mitgestaltung erfährt oder nicht, ob eine Gesellschaft ihre eigenen kulturellen Codes noch selbst fortschreibt – oder ob sie diese Aufgabe stillschweigend nicht-menschlichen Rückkopplungssystemen überlässt.

Ich bitte Sie höflich, PSI-21 als ressortübergreifende Prüfvorlage in die zuständigen Gremien einzubringen, und stehe für eine Erläuterung, eine Anhörung oder eine Pilotpartnerschaft jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Reinhardt

albert-reinhardt@psi-21.de

PSI-21-Konsortium: www.psi-21.info

Anlage: Verteiler

Bundesregierung

Name / Partei	Amt / Ressort	Allgemeine Amtsadresse
Friedrich Merz (CDU)	Bundeskanzler	poststelle@bk.bund.de
Lars Klingbeil (SPD)	Vizekanzler, Bundesminister der Finanzen	poststelle@bmf.bund.de
Alexander Dobrindt (CSU)	Bundesminister des Innern	poststelle@bmi.bund.de
Dr. Johann Wadephul (CDU)	Bundesminister des Auswärtigen	poststelle@auswaertiges-amt.de
Boris Pistorius (SPD)	Bundesminister der Verteidigung	poststelle@bmvg.bund.de
Katherina Reiche (CDU)	Bundesministerin für Wirtschaft und Energie	poststelle@bmwe.bund.de
Dorothee Bär (CSU)	Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt	poststelle@bmfr.bund.de
Thorsten Frei (CDU)	Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister für besondere Aufgaben	poststelle@bk.bund.de
Dr. Stefanie Hubig (SPD)	Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz	poststelle@bmj.bund.de
Karin Prien (CDU)	Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	poststelle@bmbfsfj.bund.de
Bärbel Bas (SPD)	Bundesministerin für Arbeit und Soziales	poststelle@bmas.bund.de
Karsten Wildberger (parteilos)	Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung	poststelle@bmds.bund.de
Patrick Schnieder (CDU)	Bundesminister für Verkehr	poststelle@bmv.bund.de
Carsten Schneider (SPD)	Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit	poststelle@bmuv.bund.de
Nina Warken (CDU)	Bundesministerin für Gesundheit	poststelle@bmg.bund.de
Verena Hubertz (SPD)	Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	poststelle@bmwsb.bund.de
Reem Alabali-Radovan (SPD)	Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	poststelle@bmz.bund.de
Alois Rainer (CSU)	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat	poststelle@bmelh.bund.de

Länder

Land	Regierungschef/in	Amt	Staatskanzlei / Senatskanzlei – Kontakt
Baden-Württemberg	Cem Özdemir (Grüne)	Ministerpräsident	poststelle@stm.bwl.de
Bayern	Dr. Markus Söder (CSU)	Ministerpräsident	poststelle@bayk.bayern.de
Berlin	Kai Wegner (CDU)	Regierender Bürgermeister	senatskanzlei@senatskanzlei.berlin.de
Brandenburg	Dr. Dietmar Woidke (SPD)	Ministerpräsident	poststelle@stk.brandenburg.de
Bremen	Andreas Bovenschulte (SPD)	Bürgermeister, Präsident des Senats	poststelle@sk.bremen.de
Hamburg	Dr. Peter Tschentscher (SPD)	Erster Bürgermeister	senatskanzlei@sk.hamburg.de
Hessen	Boris Rhein (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@stk.hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Manuela Schwesig (SPD)	Ministerpräsidentin	poststelle@stk.mv-regierung.de
Niedersachsen	Olaf Lies (SPD)	Ministerpräsident	poststelle@stk.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	Hendrik Wüst (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@stk.nrw.de
Rheinland-Pfalz	Alexander Schweitzer (SPD)	Ministerpräsident	poststelle@stk.rlp.de
Saarland	Anke Rehlinger (SPD)	Ministerpräsidentin	poststelle@staatskanzlei.saarland.de
Sachsen	Michael Kretschmer (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@sk.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Sven Schulze (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@stk.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	Daniel Günther (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@stk.landsh.de
Thüringen	Dr. Mario Voigt (CDU)	Ministerpräsident	poststelle@stk.thueringen.de

Ergänzend sind auf Länderebene jeweils die Kultus-/Bildungsministerien sowie die für Jugend und Familie zuständigen Ministerien anzuschreiben; deren Bezeichnung und Zuschnitt variiert von Land zu Land und ist über die jeweilige Staatskanzlei zu erfragen.